

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Roden & Comp., Nr. 1202.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Roden & Comp., Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtmonatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180.— M., Einzelnummer 5.— M.

Schriftleitung: Beilmerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Beilmerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Komparativzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 8 gespaltene Restamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefrücksendung 2 M.

Nr. 204

Dresden, Freitag den 1. September 1922

33. Jahrg.

Die verschobene Entscheidung

Moratorium-Ersatz — Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland

Gestern Abend hat die Reparationskommission über das deutsche Stundungsgehalt beschlossen. Sie ist aber einer klaren Entscheidung über das deutsche Stundungsgehalt aus dem Wege gegangen. Die Reparationskommission hat sich nicht dazu aufschwingen können, ein Moratorium für Deutschland offen zu beschließen. Aber sie ist offenbar davon überzeugt, daß Deutschland zur Zahlung seiner Reparationsverpflichtungen auch beim besten Willen nicht instande ist, und sie hat deshalb die Entscheidung über das deutsche Stundungsgehalt verschoben.

Eine Konzeption an Herrn Poincaré ist es wohl, wenn sich die Reparationskommission bei ihrer Entscheidung wieder mit den deutschen Finanzen beschäftigt. Von Deutschland wird gefordert, es sollte der Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen fertiggestellt werden, der ein Gleichgewicht des deutschen Budgets und der Mittel zur Konsolidierung der Finanzlage vorzieht und außerdem eventuell die Herabsetzung der auswärtigen Schuldlasten Deutschlands in dem Maße, wie es für eine Wiederherstellung des deutschen Kredits notwendig sei, vorausgesetzt, daß die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen ihre Zustimmung gegeben haben. Man kann annehmen, daß dieser erste Teil des Beschlusses der Reparationskommission eine Deklaration ist, denn darüber dürften sich die Herren von der Reparationskommission endlich klar geworden sein, daß eine Debnung der Finanzlage Deutschlands und eine Reform der deutschen Währung nur dann möglich ist, wenn vorher eine brauchbare Lösung des Reparationsproblems erfolgt ist.

Praktisch wichtiger ist der zweite Abschnitt der Entscheidung, der, trotz der formellen Ablehnung des Moratoriums, der von der Reparationskommission anerkannten Tatsache Rechnung trägt, daß Deutschland die nächste Raten für die Wiedergutmachung unter keinen Umständen zahlen kann. Statt der Verzinsungen, die am 15. August und 15. September und eventuell auch diejenigen, die zwischen dem 15. Oktober und 15. Dezember fällig sind, sollen deutsche Schatzbons mit sechsmonatiger Laufzeit angenommen werden. Ueber die Frage der Garantien für diese Schatzbons soll Deutschland mit Belgien, das die nächsten Verzinsungen zu erhalten hat, verhandeln. Kommen keine Vereinbarungen zustande, so soll Deutschland Gold hinterlegen. Die Reparationskommission hat die Entscheidung über die Frage der Garantien, über die in der letzten Zeit so viel gestritten worden ist, nun Belgien zugesprochen. Gelingt eine Einigung zwischen Deutschland und Belgien, so bedeutet das praktisch eine Atempause für einige Monate für Deutschland, eine Atempause, die freilich viel zu kurz ist und durch deren Gewährung wir einer befriedigenden Lösung des Reparationsproblems noch nicht näher gekommen sind. Kommt die Zeit heran, zu der Deutschland die Bous einlösen muß, so werden sich, wenn wir inzwischen mit der Lösung des Reparationsproblems nicht vorwärts gekommen sind, für Deutschland erhöhte, völlig unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Man kann aber wohl damit rechnen, daß bis zum Ablauf der Frist, die durch den Beschluß der Reparationskommission gegeben ist, neue Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage stattfinden werden.

Der Beschluß der Reparationskommission läßt die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß wir vorläufig von militärischen Sanktionen Frankreichs verschont bleiben. Die Resolution ist einstimmig, also auch mit Zustimmung des französischen Vertreters gefaßt und das läßt darauf schließen, daß die maßgebenden Kreise in Frankreich zur Zeit nicht den Mut haben, die Spitze auf die Spitze zu treiben. Vielleicht hat Keynes nicht Unrecht, der in seiner Gamburger Rede meinte, Poincarés scharfe Reden seien nur bestimmt, die Tatsache zu verhüllen, daß Poincaré nicht den Mut hat, auch zu scharfen Maßnahmen zu greifen.

Die Entscheidung in Paris läßt die Möglichkeit offen, daß zunächst Deutschlands Raster vorübergehend etwas erleichtert werden. An der so überaus schweren Lage Deutschlands wird für die Dauer auch dann nichts geändert, wenn eine Vereinbarung mit Belgien zustande kommt. Deswegen ist es dringend notwendig, daß wir in Deutschland selber alles tun, was wir können, um unsere wirtschaftliche Lage zu bessern. Dazu ist vor allem notwendig, daß der überflüssige Konsum in Deutschland vermindert wird.

Es darf freilich nicht dabei bleiben, daß man von einer Einschränkung des Luxuskonsums spricht, sondern es müssen auch wirklich durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um den der Volkswirtschaft schädlichen Verbrauch zu drosseln. Auch in Belgien, die von dem wirtschaftlichen und reparationspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates am 29. August angenommen wurden, wird die Forderung aufgestellt, daß dem überflüssigen Luxuskonsum mit den schärfsten Mitteln entgegengetreten wird. Es wird da unter anderem verlangt, daß der Ausschank von Schnaps und Champagner verboten und die hohe Zahl von Likörhütten, Bars, Dienen und Schenkerwirtschaften durch entsprechende Besteuerung und durch scharfe Abschaffung der Konzessionsverteilung und Entziehung, eventuell auch durch Verbotbestimmungen herabgedrückt werde.

Es wäre sehr notwendig, daß wirklich nach diesen Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates gehandelt wird und daß man sich nicht durch das Geschrei der bedrohten Interessenten von durchgreifenden Maßnahmen abhalten läßt. In der Resolution des Reichswirtschaftsrates ist u. a. davon die Rede, daß aus der Zuckerverwertung der Bedarf von Verbrauchszucker im Haushalt gedeckt werden müsse, ehe gestattet wird, Zucker zu Vorrat, Konfitüren- und Schokoladenfabrikation zu verwenden. Es hätte ausgesprochen werden müssen, daß zur Rohzuckerherstellung von Vorkoren überhaupt kein Zucker verwendet werden darf, weder Inland- noch Auslandszucker. Die Lage Deutschlands ist wirklich ernst genug und wird es noch lange Zeit bleiben. Wir dürfen uns jetzt nicht mehr mit halben Maßnahmen begnügen. Wenn dem deutschen Volke geholfen werden soll, so muß man den Mut haben, durchzugreifen.

Die Entscheidung der Reparationskommission

Paris, 31. August. Frankreich und Belgien stimmten in der Reparationskommission gegen die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland, England stimmt dafür, Italien enthielt sich der Abstimmung.

Paris, 31. August. Nach dem gemeldeten Beschluß über das Moratoriumsgesuch Deutschlands nahm die Reparationskommission einstimmig folgende Entscheidung an:

Die Reparationskommission beschließt über das neue Moratoriumsgesuch vom 12. Juli 1922, berücksichtigt dabei, daß Deutschland jeden Kredit nach innen und außen verloren hat und daß die Mark auf ein Dreihundertstel ihres Wertes gefallen ist und entscheidet:

- Die Reparationskommission verschiebt den Beschluß über das Gesuch, wie es von Deutschland gestellt worden ist, bis sie den Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt hat, der folgendes vorzieht:
 - Mitteleinsparungen des Budgets,
 - für den Fall, daß die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen vorher ihre Zustimmung gegeben haben, die etwaige Herabsetzung der auswärtigen Schuldlasten Deutschlands in dem Maße wie eine solche Herabsetzung als für die Wiederherstellung seines Kredits notwendig erachtet werden würde,
 - Währungsreformen,
 - Aufnahme äußerer und innerer Leihen unter Berücksichtigung der Bedingungen.

Einigungsverhandlungen

Gemeinsamer Parteitag in Nürnberg?

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind in gutem Fortgang begriffen. Es wurde bereits bekanntgegeben, daß die beiden Parteivorstände schon vor mehreren Tagen den Beschluß faßten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das am 3. September beraten werden soll. Nunmehr haben sich die unabhängigen Sozialdemokraten entschlossen, mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihren Parteitag, der ursprünglich auf den 1. Oktober angesetzt war, auf den 20. September vorzulegen. Der unabhängige Parteitag findet in Gera statt; auf seiner Tagesordnung steht hinter dem Geschäftsbericht und dem Bericht der Reichstagsfraktion als besonderer Punkt „Einigung des Proletariats“. Referenten sind Crispian und Ledebour. Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt, die ursprünglichen Wahltermine werden beibehalten.

Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinstimmenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag den 24. September eine gemeinsame Tagung beider Parteien stattfindet, als deren Ort Nürnberg in Aussicht genommen ist.

Zur Begründung für die frühere Einberufung des unabhängigen Parteitages schreibt die Freiheit:

Ein Ortsanstoß der Parteitage auf einen späteren Termin war auch aus politischen Gründen nicht angängig. Schon der ursprünglich vorgesehene 1. Oktober als Beginn des Parteitag unserer Partei erwies sich als ein zu später Termin, denn bereits am 27. September tritt der preussische Landtag zusammen; außerdem muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß der Reichstag ebenfalls in dieser Zeit mit seinen Verhandlungen beginnt, und endlich stehen in Sachsen Landtagswahlen und in verschiedenen anderen Ländern Gemeindevahlen bevor.

Wenn die sozialistischen Parteien sich mit der nötigen Einigkeit an der Erledigung dieser politischen Aufgaben beteiligen wollen, so müssen alle parteipolitischen, parteialistischen und parteiorganisatorischen Fragen vor den letzten Septembertagen geklärt sein. Dazu gehört auch die Klärung der Einigungsfrage des sozialistischen Proletariats. Es ergab sich aus allen diesen Gründen die politische Notwendigkeit, den Beginn unseres Parteitag vom 1. Oktober auf den 20. September vorzulegen.

Fortsetzung der Konsolidierung der Finanzstellen Lage.

Um für die Vorbereitung und Durchführung der in dem vorerwähnten § 1 angeführten Maßnahmen die notwendige Zeit zu schaffen, wird die Reparationskommission als Beilegung der Verzinsungen, die am 15. August und 15. September 1922 fällig sind, und falls nicht in der Zwischenzeit andere Vereinbarungen getroffen worden sind, als Beilegung der darauf folgenden Verzinsungen, die zwischen dem 15. Oktober und dem 15. Dezember 1922 fällig werden,

deutsche Schatzbons mit sechsmonatiger Laufzeit, zahlbar in Gold, annehmen, Bous, die mit Garantien ausgestattet sind, über die die deutsche Regierung und die belgische Regierung, für die die Verzinsungen bestimmt sind, sich einigen werden, und, falls keine beratige Vereinbarung zustande kommt, garantiert werden durch Deponierung von Gold bei einer auswärtigen Bank, zu deren Wahl Belgien seine Zustimmung gibt.

Nicht genug Papiergeld

Wie aus Berlin gemeldet wird, kam es in Berliner Großbanken vielfach zu peinlichen Ausfällen, weil die Beamten sich außerstande erklärten, den Geschäftsklienten Papiergeld im erforderlichen Umfange zur Verfügung zu stellen. Die Reichsbank hat angeblich nicht genügend Papiergeld ausgeben. Auch hier in Dresden macht sich die Knappheit an Umlaufmitteln in empfindlicher Weise bemerkbar. In vielen Betrieben können die Löhne und Gehälter nicht ausbezahlt werden.

In einem Inserat der Dresdener Banken und Bankfirmen wird unter anderem behauptet, daß die Reichsbank auch infolge der Auswirkungen des kürzlichen Buchdruckerstreiks zur Zeit nicht in der Lage sei, die erforderlichen Daranmittel den Geldinstituten zur Verfügung zu stellen. In Wirklichkeit ist die Ursache der Geldknappheit vor allem in dem schnellen Steigen aller Preise und Löhne zu suchen, das die Folge des Marktzuges der letzten Wochen war.

Der Berliner Buchdruckerstreik, der die Notenpresse konterkarierend lähmte, kann nur eine nebensächliche Rolle spielen. Die Notenpresse kommt nicht mehr mit, um den gewaltig gestiegenen Bedarf der Volkswirtschaft an papierenen Zahlungsmitteln zu decken. Für die Arbeiter und Angestellten aber ist es auf jeden Fall unerträglich, daß sie in der gegenwärtigen Zeit ihre Löhne nicht rechtzeitig erhalten, und es muß unter allen Umständen sofort Abhilfe geschaffen werden.

ligen wollen, so müssen alle parteipolitischen, parteialistischen und parteiorganisatorischen Fragen vor den letzten Septembertagen geklärt sein. Dazu gehört auch die Klärung der Einigungsfrage des sozialistischen Proletariats. Es ergab sich aus allen diesen Gründen die politische Notwendigkeit, den Beginn unseres Parteitag vom 1. Oktober auf den 20. September vorzulegen.

Was noch vor wenigen Monaten, ja Wochen, wie ein ferner Traum erschien, soll noch in diesem Monat Wirklichkeit werden. Eine gemeinsame Tagung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten! Ein Aufatmen geht durch das deutsche, geht durch das Weltproletariat. Ein erkämpfter Jubelschrei aus tiefer Brust, ein Jubelschrei von Millionen! Auch wir, die wir seit Jahren für die Einigung gewirkt und gearbeitet haben, die wir die Einigung kommen sehen, weil sie kommen mußte, als geschichtliche Notwendigkeit, freuen uns der raschen Entwicklung, die sich — allen Pessimisten und Wagemachern zum Trost! — vollzieht!

Gerade wir Mehrheitssozialisten in Sachsen haben immer und immer wieder zur Einigung gedrängt. Haben wir doch in Sachsen wie in den anderen mitteldeutschen Staaten mit sozialistischen Mehrheiten längst erkannt, daß in allen praktischen Fragen zwischen S. P. D. und U. S. P. nicht größere Meinungsverschiedenheiten bestanden, als sie auch innerhalb einer Partei in der Regel vorhanden sind. Und wir begriffen es, daß die Führer der U. S. P. sich entschlossen über die Bedenken eines Teiles ihrer Parteimitglieder hinwegzusetzen haben und gerade im Hinblick auf die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen die Notwendigkeit erkannten, die kommenden Kämpfe mit größtmöglicher Geschlossenheit durchzuführen.

Die Not von innen, die Gefahr von draußen hielten Erkenntnis in die proletarischen Hirne, führten die sozialistischen Parteien zusammen, werden auch die Forderungen mit sich reizen und die Reihen des sozialistischen Proletariats zusammenschließen!

Geenigt werden wir mit verlässlicher und beschleunigter Kraft an die gewaltigen Aufgaben herangehen, die in der nahen Gegenwart von uns gelöst werden müssen.